

Besprechungen

**Selma Güney / Lina Hille / Juliane Pfeiffer /
Laura Porak / Hendrik Theine (Hrsg.)**

Eigentum, Medien, Öffentlichkeit

Verhandlungen des Netzwerks Kritische
Kommunikationswissenschaft

Frankfurt a. M.: Westend, 2023. – 490 S.

ISBN 978-3-949925-085

Open Access doi.org/10.53291/9783949925092

Das Netzwerk Kritische Kommunikationswissenschaft hat sich im Fach institutionell und inhaltlich etabliert, und es ist wünschenswert, dass es sich auf diesem Niveau weiterentwickelt. Beide Aussagen sind Schlussfolgerungen aus der jüngsten Veröffentlichung des Netzwerks, das sich der Eigentumsfrage im Mediensektor widmet. Dieser Band ist mittlerweile der dritte, den Mitglieder des Netzwerks herausgeben, und alle drei Bände basieren auf den jeweiligen Tagungen 2018, 2019 und 2022. Nur die Gründungstagung von 2017 ist nicht gedruckt oder digital dokumentiert, sondern nur aufgezeichnet; sie kann auf YouTube nachverfolgt werden. Diese Kontinuität wurde zwar kurz durch Corona ausgebrems, deshalb fand die Tagung in Wien nicht 2021, sondern erst 2022 statt, aber der Dynamik der Aktivitäten des Netzwerks tut dies keinen Abbruch. Und – so viel vorweg – auch dieser Band überzeugt von der inhaltlichen Qualität, sodass ich die Prognose wage, dass auch die nächste Tagung 2024 in Paderborn unter guten Vorzeichen steht.

Die Eigentumsfrage ist ein Klassiker in der historisch-materialistischen und kritischen (Kommunikations-)Forschung. Besonders bekannt geworden ist sie in dem 1988 in erster Auflage erschienenen Band „Manufacturing Consent“ von Herman und Chomsky als einer von fünf Filtern, die die Nachrichtenauswahl bestimmen. Angesichts der enormen Marktmacht und Konzentration der digitalen Plattformen stellt sich die Eigentumsfrage neu; sie ist zudem verbunden mit gesellschaftlicher Ungleichheit, mit kulturellen Bildungsfragen oder auch – erneut – mit dem Einfluss auf mediale Inhalte, wenngleich nicht monokausal. Der Band enthält 24 Beiträge von 40 Autor*innen, die eine große inhaltliche Bandbreite und Diversität von Wissenschaftler*innen abdecken.

Nach einer allgemeinen Einleitung zu dem Band folgen zwei sehr instruktive Einführungen. Danach werden die theoretischen Grundlagen erarbeitet. Der Schwerpunkt liegt erwartungsgemäß auf der politikökonomischen, historisch-

materialistischen Theorie. Mit unterschiedlichem Fokus ergeben die Beiträge einen sehr guten Rahmen. Der Beitrag zur feministischen Kapitalismuskritik zeigt zudem die Notwendigkeit, verschiedene Ansätze miteinander zu verknüpfen.

Im nächsten thematischen Abschnitt geht es darum, wie digitale Plattformen und Konzerne (öffentlich zur Verfügung stehende) Daten sammeln und sie zu ihrem Eigentum machen (also privatisieren). Auch an ein altes Thema knüpft der Band an, nämlich wie aufgrund der Eigentumsverhältnisse im Journalismus und in den Medien Abhängigkeitsverhältnisse bestehen.

„Eigentum“ kann selbst auch wieder Gegenstand öffentlicher Diskurse sein. Darum geht es in diskursanalytischen Untersuchungen im nächsten Abschnitt. In Bildung und Kultur geht es vom Anspruch her weniger um Eigentum, sondern um öffentliche (meritorische) Güter. Eigentumsbildungen werden (ideologie)kritisch analysiert, und es wird nach Alternativen (z. B. Open Source) geschaut. Selbst Computerspiele können als Kulturgut verstanden werden, wenn sie Ideologiekritik ermöglichen.

In den letzten beiden Abschnitten wird es medienpraktisch: Gibt es Beispiele (Inseln im Meer des Kapitalismus) für Medienunternehmen, die nicht gewinnorientiert sind, auch wenn sie unter kapitalistischen Bedingungen arbeiten (müssen)? Hier liefert der Band einige interessante (englischsprachige) Kurzbeschreibungen von internationalen Beispielen. Insgesamt wechseln sich also theoretische, empirische und praktische Beiträge ab und spiegeln die Ziele des Netzwerks, das auf allen drei Ebenen tätig ist, wider.

Sämtliche Beiträge sind in irgendeiner Weise an der Eigentumsthematik orientiert, wodurch sich eine bemerkenswerte thematische Kohärenz ergibt. Zwar werden insbesondere im ersten Teil des Bandes theoretische Grundlagen gelegt, die eigentlich weitgehend bekannt sein müssten. Um aber eben dieser Kohärenz des Bandes willen und weil man wahrscheinlich die breite Kenntnis von Marx' Kritik der politischen Ökonomie nicht (mehr?) voraussetzen darf, ist diese Wiederauffrischung hilfreich. Dass nicht nur die Autor*innen diverse Hintergründe aufweisen, sondern auch die Inhalte pluralistisch verschiedenen kritischen Perspektiven folgen, macht den Band sehr spannend. Zudem nehmen mehrere Beiträge Bezug auf unterschiedliche kritische Ansätze, sodass deren wechselseitige Kritik einen zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringt. Schade, dass systematische Vergleiche zwischen den Ansätzen fehlen – etwa in Bezug auf ihre Erklärungsfähigkeit, aber das ist nicht die Aufgabe eines Tagungsbandes, zumal diese Vergleiche nicht selbst Gegenstand der Tagung waren.

Was sehr gut gelingt, ist zu zeigen, dass es keine kontinuierliche Weiterentwicklung kritischer Ansätze gibt, wonach ältere Ansätze gegenüber neueren Ansätzen als veraltet gelten. Im Gegenteil: Der historische Materialismus ist, wenn er kritisch rekonstruiert wird, sehr aktuell und – so wäre hinzuzufügen – auch nicht durch Postkolonialismus und Postmoderne zu ersetzen. Vielleicht fällt beim Lesen dieser Rezension auf, dass ich keine Namen von Autor*innen genannt habe. Mit Absicht, weil ich den Band auch als Kollektivleistung würdigen und nicht einzelne Beiträge herausheben will. Ein Name darf aber auch unter dieser Prämisse genannt werden, nämlich Manfred Knoch, der zuvor einen runden Geburtstag feiern durfte. Insofern ist der Band auch eine Würdigung seines Werkes.

Ich bin selbst Mitglied des Netzwerks, fühle mich aber nicht befangen, dieses Buch zu rezensieren. Hätte ich es qualitativ schlecht gefunden, hätte ich entweder die Rezension abgelehnt oder eine kritische Rezension geschrieben. Der umfangreiche Qualitätssicherungsprozess (S. 19), in dem die Beiträge begutachtet wurden, belegt einmal mehr, dass man Sammel- oder Tagungsbände nicht als weniger wertvoll gegenüber Fachzeitschriften mit Peer-Review-Verfahren einschätzen sollte. Dass ich dem Band eine große Verbreitung wünschen kann, hat er sich selbst verdient bzw. ist das große Verdienst der Autor*innen sowie der Herausgeber*innen, die ihn zusammengestellt und die Texte redigiert haben.

Armin Scholl

apl. Prof. Dr. Armin Scholl, Institut für Kommunikationswissenschaft, Universität Münster, Bispinghof 9-14, 48143 Münster, Deutschland, scholl@uni-muenster.de

Jürgen Habermas

Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik

Berlin: Suhrkamp, 2022. – 108 S.

ISBN 978-3-518-58790-4

Das schmale Bändchen hat es in sich. Jürgen Habermas überprüft 60 Jahre nach dem Erscheinen von „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas, 1962) und 30 Jahre nach einer ersten Revision (Habermas, 1991) erneut eine zentrale Argumentationslinie seines Werks – mit Blick auf eine inzwischen grundlegend veränderte politische Kommunikation. Das allein ist außergewöhnlich. Und mehr noch: Es lassen sich aus den drei bereits anderweitig publizierten Beiträgen (der Hauptbeitrag ist eine überarbeitete Fassung

von Habermas, 2021) in dem Buch drei elementare Lektionen für die politische Kommunikationsforschung ziehen.

Die erste Lektion betrifft die *Theorie politischer Kommunikation*. Habermas entfaltet in komprimierter Form sein Konzept der Öffentlichkeit. Durch diese Linse sieht er die Veränderungen von Politik und Kommunikation. Er schreibt der von ihm konsequent politisch begriffenen Öffentlichkeit einen konstitutiven Stellenwert für ein demokratisches Gemeinwesen zu. Denn in dem öffentlichen Raum zwischen Zivilgesellschaft und politisch-administrativem System würden aus der Vielzahl einzelner Stimmen konkurrierende öffentliche Meinungen geformt, die den Hintergrund für verbindliche Entscheidungen in relevanten Streitfragen bilden. Diese Auseinandersetzungen zu den öffentlichen Angelegenheiten ermöglichen individuelles und kollektives Lernen vor allem dazu, wie Interessen und Gemeinwohl abzuwägen sind. Für das Verfahren der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung gelten Regeln. Deren Einhaltung sei in einer pluralistischen Gesellschaft die Hauptquelle für die Legitimität politischer Entscheidungen. Die Regeln zielten auf Inklusion: Möglichst alle, die von Entscheidungen betroffen sind, sollten an der Willensbildung gleichberechtigt beteiligt werden. Und sie zielten auf Deliberation: Entscheidungen sollten auf öffentlichen Beratungen basieren, in denen die Optionen für Themen und Positionen erörtert, begründet, kritisiert und abgewogen werden.

Dabei ist der epistemische Typus der Kommunikationsregeln zu beachten: Vielfach werden sie als Präskriptionen von Philosoph:innen verstanden. Das aber verdeckt ihren sozialen Status. Denn sie sind zweifach als soziale Tatsachen zu verstehen. Erstens wurzeln sie in den Geltungsansprüchen aller, die sich auf Kommunikation einlassen. So reklamieren auch diejenigen, die strategisch kommunizieren, dass ihre Einlassungen wahr und aufrichtig und richtig seien, und müssen hinnehmen, dass sie daran gemessen werden, wenn andere Kommunikationsbeteiligte vermuten, sie nähmen es etwa mit der Wahrheit nicht so genau, und dass sie dann eventuell sanktioniert werden, etwa durch Vermeidung weiterer Kommunikation. Diese konsentierten normativen Erwartungen können durch sozialwissenschaftliche Analysen entdeckt, erklärt und zur Erklärung von Handeln genutzt werden.

Zweitens – und darauf legt Habermas hier den Schwerpunkt – sind die Kommunikationsregeln durch explizite Vorschriften für Verfahren abgesichert, die wiederum verfassungsrechtlich grundiert sind, etwa durch die vorgeschriebene Öffentlichkeit von parlamentarischen Debatten

oder von Gerichtsverhandlungen, vor allem aber durch die grundgesetzliche Garantie von Kommunikationsfreiheiten. „Vernunftmoral“ sei in „Vernunftrecht“ überführt worden (S. 14). Und das präge wiederum die Erwartungen an Kommunikation und an Politik. Die implizite und die explizite Institutionalisierung machen aus dem Deliberationsansatz ein sozialwissenschaftliches Paradigma, das einer Vielzahl von empirischen Analysen als Fundament gedient hat.

Die *erste Lektion* aus dem Buch für die politische Kommunikationsforschung lautet also: *Den Kern der Theorie politischer Kommunikation sollte ein Konzept der politischen Öffentlichkeit bilden, das sich an Inklusion und Deliberation orientiert.*

Auf diesen Kern sollten sich alle Ansätze, gleich welcher Richtung und Reichweite, beziehen. Allerdings beschränkt sich Habermas in seinem Öffentlichkeitskonzept auf die beiden Orientierungspunkte Inklusion und Deliberation, also auf die soziale und die inhaltliche Dimension von politischer Kommunikation. Sinnvoll wäre es, dies um einen Orientierungspunkt in der temporalen Dimension zu erweitern. Denn gemeinhin wird in und von öffentlichen Debatten erwartet, dass einzelne Beiträge aneinander anschließen und dass sich eine Debatte auf vorangegangene Debatten bezieht. Dies kann gebündelt werden zur Erwartung von Konnektivität als drittem Orientierungspunkt (vgl. Bormann et al., 2021).

Eine explizite temporale Erweiterung wäre auch deshalb sinnvoll, weil Habermas nach dem *Strukturwandel von Öffentlichkeit* fragt und damit Öffentlichkeit als Prozess begreift. In seiner Gegenwartsdiagnose fokussiert er die Veränderungen der Infrastrukturen politischer Kommunikation, vor allem die kommunikationstechnische und medienökonomische Umwälzung hin zu einer Welt, die von internetbasierten transnationalen Plattformen geprägt wird. Dies sieht er gleichrangig mit der Erfindung der Schrift und des Buchdrucks und überspringt dabei kühn die Erfindung der elektrischen Telekommunikationsmedien, denen er offenbar nicht das Potenzial für einen Strukturwandel zuschreibt.

Bemerkenswert ist der Unterschied zwischen seiner derzeitigen Sicht des aktuellen Strukturwandels und seiner einstigen Sicht des vergangenen Strukturwandels. 1962 konstatierte er den Untergang der frühbürgerlichen Öffentlichkeit im Zangengriff von kommerziellen und parteipolitischen Partikularinteressen. 1991 relativierte er die Verfallsthese und sah emanzipatorisches Potenzial darin, dass die Zivilgesellschaft mittels der Massenmedien die politischen Entscheidungen beeinflussen könne. Zugleich warnte er vor

der „Entpolitisierung“ der Massenmedien durch Werbung und Unterhaltung.

Dies setzt er nun fort. Auch der gegenwärtige Strukturwandel berge eine „ambivalente Sprengkraft“ (S. 43). Er sieht emanzipatorische Elemente in der Pluralisierung von Autorschaft: Die strikte Trennung von Sprechenden und Hörenden werde aufgebrochen, alle könnten sich am Vormund Massenmedien vorbei an der Willensbildung aktiv beteiligen. Aber gerade dies berge die Gefahr eines Zerfalls der Öffentlichkeit. Denn ihrem Rückgrat, den Massenmedien, werde dadurch der ökonomische und publizistische Boden entzogen, und deshalb könne der professionelle Journalismus immer weniger die Einzelstimmen zu widerstreitenden öffentlichen Meinungen bündeln. Es drohten zentrifugale Tendenzen durch Fragmentierung der öffentlichen Kommunikation und damit Gefahren für die Demokratie. Anders formuliert: Öffentlichkeit wird nicht mehr als das allen zugängliche Forum wahrgenommen, sondern als lose Koppelung einzelner „halböffentlicher“ Räume, in denen sich Gleichgesinnte treffen und Dissonanzen vermeiden.

Diese düstere Sicht kann sich allerdings nicht auf den Stand der empirischen Forschung berufen. Die bislang vorliegenden Studien relativieren die Thesen von Filterblasen und Echokammern im Hinblick darauf, wie verbreitet eine Abschottung vor allem in Deutschland ist, wie inhaltlich homogen die Gruppenkommunikation tatsächlich ist, ob die Homogenität zu- oder abnimmt und welche Kausalbeziehungen zwischen politischen Einstellungen, Lebensweisen, Kommunikationsbeziehungen und medialen Möglichkeiten nachgewiesen werden können. Um dies differenziert untersuchen zu können, hat es sich als hilfreich erwiesen, die Dichotomie von „öffentlich“ und „privat“ aufzugeben zugunsten einer Polytomie von Abstufungen sozialer Sichtbarkeit. Dann ergibt sich eine Begrifflichkeit hybrider Kommunikationsräume, in denen Elemente aus Massen-, Gruppen-, Organisations- und Individualkommunikation verknüpft werden. Dies könnte auf der *Theorie des kommunikativen Handelns* (Habermas, 1981) basieren und ermöglichen, die Dynamik politischer Kommunikation in einer Online-Welt zu erfassen.

Bemerkenswert ist außerdem, welch hohen Stellenwert für den Strukturwandel er der technischen und ökonomischen Infrastruktur von Öffentlichkeit zumisst. Er legt den Schwerpunkt auf Digitalisierung und „Plattformisierung“ politischer Kommunikation und sieht darin die treibenden Kräfte. Unbestreitbar prägt das jeweilige technische, ökonomische und politische Profil der verschiedenen Plattformen das kommunika-

tive Handeln. Aber für ein analytisch dichtes Bild bedarf es auch der umgekehrten Blickrichtung: Denn das kommunikative Handeln wandelt sich nicht allein dadurch, dass sich der infrastrukturelle Rahmen verändert, sondern erst dann, wenn Akteure in der Infrastruktur neue Opportunitäten für ihre Kommunikation wahrnehmen. Die Fallstudien zu gelungenen und zu gescheiterten Innovationen zeigen: Struktureller Wandel ergibt sich erst dann, wenn die Opportunitäten durch Pioniere erprobt und dann in veränderter Form durch größere Gruppen genutzt werden. Hinter der „Plattformisierung“ der politischen Kommunikation steht die selektive Aneignung von infrastrukturellen Möglichkeiten durch politische Akteure, also durch Organisationen und Individuen. Wie Individuen die einzelnen Möglichkeiten aufgreifen, hängt von vielen Faktoren ab, vor allem von Unterschieden in Bildung, Alter, Ressourcen, Einfluss, Erfahrungen, Kompetenzen – auch in den normativen Erwartungen. Der Ansatz von Habermas lenkt den Blick darauf, wie die Infrastruktur das kommunikative Handeln formt. Es wäre hilfreich, komplementär dazu die Blickrichtung umzukehren und zu rekonstruieren, wie, warum und wozu Akteure in ihrem Handeln die Infrastrukturen nutzen und damit formen, also dieses Handeln besser verstehen zu lernen.

Eine offene Frage ist, wie sich in diesem Strukturwandel die normativen Erwartungen verändern. Habermas weist darauf hin, dass vielfach Wahrheit als Maßstab relativiert werde und so Fake News gar nicht mehr erkannt werden könnten. Dies zeigt: Auch wenn man die kommunikativen Geltungsansprüche als universell gültig begreift, sollte man sorgfältig untersuchen, wie sich ihr Verhältnis je nach Kontext unterschiedlich ausprägt. Es ist evident, dass das Verhältnis von Wahrheit und Aufrichtigkeit in digital basierter Gruppenkommunikation anders austariert wird als in einer analog basierten Massenkommunikation: In einer WhatsApp-Gruppe verspricht die Authentizität des eigenen Erlebens mehr Überzeugungskraft als die Evidenz statistischer Relationen. Eine empirische politische Kommunikationsforschung kann derartige Verschiebungen im Gefüge der Geltungsansprüche untersuchen, und zwar valide und reliabel anhand textbasierter Online-Gruppendebatten.

Die zweite Lektion kann folglich so formuliert werden: *Die Analyse des Strukturwandels politischer Kommunikation sollte die Dynamik rekonstruieren, die sich daraus ergibt, wie Veränderungen im kommunikativen Handeln und in der Infrastruktur für Kommunikation zusammenwirken.*

Aus der Ambivalenz des Strukturwandels von Öffentlichkeit ergibt sich *kommunikationspolitischer Handlungsbedarf*. Habermas fordert: Kommunikationspolitik sollte die Voraussetzungen sichern, dass eine Öffentlichkeit ihre politischen Funktionen erfüllen kann; sie sollte also eine deliberative und inklusive Meinungs- und Willensbildung stärken. Er tritt vehement für eine Politik ein, die tradierte Medienstrukturen stärkt, und zwar durch staatliche Regulierung der Plattformen, etwa ihre Verpflichtung zur Haftung für Inhalte, und durch öffentliche Finanzierung von Qualitätsjournalismus. Bemerkenswert ist daran, dass eben jene Instanzen, die lange im Kreuzfeuer der Kritischen Theorie standen, nun zum Bollwerk der Öffentlichkeit werden, ohne welches die Demokratie verloren sei.

Daraus lässt sich eine *dritte Lektion* ziehen: *Die Kommunikationswissenschaft sollte der Kommunikationspolitik evidenzbasierte Ratschläge dafür geben, welche Optionen für Regulierung und Finanzierung der infrastrukturellen Voraussetzungen für Öffentlichkeit welchen Gewinn an inklusiver Deliberation mit welcher Wahrscheinlichkeit erwarten lässt.* Dafür sollte sie auch in der Lage sein, Ratschläge dafür zu geben, wie das kommunikationspolitische Paradox zu bewältigen wäre: Kommunikationspolitische Streitfragen sind selbst öffentlich wenig präsent. Denn gerade dieses Politikfeld hat bei Regierungen, Parteien und Bürger:innen niedrige Priorität, weil es geringe Profilierungsmöglichkeiten bietet. Dadurch können sich ausgerechnet kommunikationspolitische Entscheidungen wenig auf eine reflexive inklusive Deliberation stützen.

Offen ist, in welchem Maße die Kommunikationswissenschaft die Lektionen aufgreift. Die Möglichkeit hat Jürgen Habermas ihr eröffnet.

Gerhard Vowe

Prof. Dr. Gerhard Vowe, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Seniorprofessor Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland, vowe@uni-duesseldorf.de

Literatur

- Bormann, M., Tranow, U., Ziegele, M. & Vowe, G. (2021). Incivility as a Violation of Communication Norms – A Typology Based on Normative Expectations toward Political Communication. *Communication Theory*. <https://doi.org/10.1093/ct/qtab018>.
- Habermas, J. (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied: Luchterhand.
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, J. (1991): Vorwort zur Neuauflage. In ders., *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt am Main (Suhrkamp), S. 11–50.

Habermas, J. (2021): Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In: M. Seeliger, S. Seignani (Hrsg.), *Ein erneuter Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (Leviathan. Sonderband 37), Baden-Baden: Nomos, S. 470–500.

Elisa Hoven (Hrsg.)

Das Phänomen „Digitaler Hass“

Ein interdisziplinärer Blick auf Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen

Baden-Baden: Nomos, 2023. – 202 S.

ISBN 978-3-8487-8668-8

(Reihe: Beiträge zum Strafrecht – Contributions to Criminal Law; 14)

Digitaler Hass wird in der Gesellschaft, Politik und selbstverständlich auch in der Wissenschaft kontrovers besprochen. Es existieren bereits zahlreiche wissenschaftliche Abhandlungen zu dem Thema. Diskutiert wird dabei über die Definition und die Umgrenzung des Begriffes des digitalen Hasses sowie über das Ausmaß und mögliche Eindämmungsmaßnahmen. Der Tagungssammelband „Das Phänomen ‚digitaler Hass‘ – ein interdisziplinärer Blick auf Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen“ von Elisa Hoven (Hrsg.) setzt diese bisherigen Untersuchungen fort.

Entstanden ist der Sammelband im Rahmen des vom Bundesministerium der Justiz geförderten Forschungsprojekts „Der strafrechtliche Umgang mit digitalem Hass“. Die Aufsätze des Sammelbandes basieren auf den Beiträgen einer gleichnamigen Tagung, die im Juli 2021 an der Universität Leipzig stattgefunden hat. Die Beiträge eröffnen unterschiedliche Perspektiven auf das Phänomen und beleuchten es aus diversen Blickwinkeln.

Die damalige Bundesjustizministerin Christine Lambrecht macht in ihrem Geleitwort auf die Gefahren, die mit digitalem Hass einhergehen, aufmerksam. Insbesondere machen ihr dabei die Effekte, die digitaler Hass auf den Rückzug von Menschen aus Diskussionen hätte, Sorge (S. 10).

Der erste Beitrag vom PD Dr. Liriam Sponholz nimmt direkt eines der wichtigsten, allerdings auch schwierigsten Themen in den Blick – die begriffliche Einordnung von digitalem Hass und Hate Speech. Die Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin grenzt dabei systematisch die verschiedenen Erscheinungsformen digitalen

Hasses voneinander ab. Hiermit legt sie den Grundstein für die weitere Betrachtung des Phänomens in dem Sammelband. Sponholz stellt fest, dass der Begriff Hate Speech zu universell und abstrakt sei, und es dadurch schwer zu bestimmen sei, welche Reden vom Begriff Hate Speech erfasst sind (S. 27). Insbesondere merkt sie an, dass in Deutschland die Begriffe Hate Speech und digitaler Hass oft gleichbedeutend genutzt würden (S. 30). Dabei sei digitaler Hass als ein Sammelbegriff für unterschiedlichste Konflikte zu sehen, und eine Gleichsetzung führe zu kontraproduktiven Lösungsansätzen (S. 35).

Im zweiten Beitrag stellen Hannah Heuser und Alexandra Witting, beide wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Lehrstuhl von Prof. Dr. Elisa Hoven, eine Interviewstudie vor, die im Projekt entstanden ist. Hierbei wurde mit Betroffenen und Verfasser*innen von digitalem Hass gesprochen. Auf Basis einer kleinen Stichprobe von interviewten Verfasser*innen von digitalem Hass und einer etwas größeren Stichprobe von Betroffenen konnten die Autorinnen vier verschiedene Profile von Verfasser*innen von digitalem Hass identifizieren. Durch die Interviewstudie wird sichtbar, wie vielfältig Verfasser*innen von digitalem Hass handeln und wie unterschiedlich die dahinterstehenden Motive sind. Weiter besprechen die Autorinnen, inwiefern das deutsche Strafrecht verbesserungsbedürftig ist, und konstatieren einen Reformbedarf in der Strafverfolgung.

In einem weiteren Beitrag beschäftigt sich Prof. Dr. Mario Haim vor allem mit solchen Formen des digitalen Hasses, die nicht strafbar sind. Hierzu stellt er eine Studie zu dem von ihm so genannten subtilem Hass vor, um dieses Phänomen sichtbar und quantifizierbar zu machen. Er nimmt eine Kategorisierung von subtilem Hass anhand verschiedener textueller Posts von Nutzenden vor.

Im vierten Text des Sammelbandes stellt Prof. Dr. Thomas Hestermann eine Analyse von Facebook-Kommentaren vor. Hierzu wurden in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt 100.661 Kommentare erfasst und hierbei 1.303 Hasskommentare herausgefiltert. In der Studie konnte sich die zuvor gebildete Forschungshypothese, dass Hasskommentare vorrangig als rechtspopulär bzw. rechtsextrem einzuordnen sind, nicht bestätigen. Insbesondere sei bei Kommentaren, die sich gegen konkrete Parteien richteten, am häufigsten die AfD betroffen; letztendlich werde häufig jedoch gar kein konkreter ideologischer Bezug genannt (S. 112). Eine weitere Forschungshypothese, dass insbesondere politisch Verantwortliche vielfach angegriffen werden, konnte hingegen in der Untersuchung bestätigt werden: Jeder fünfte

Hasskommentar ziele auf Politiker*innen ab (S. 114).

Eine weitere Kommentaranalyse unternimmt der Journalist Robert Schöffel mit einem gemeinsamen Projekt von BR, NDR und WDR namens „Hassmaschine“, welches sich insbesondere Kommentaren in Facebookgruppen widmet.

Ein ebenso spannender Beitrag kommt von Prof. Dr. Eva Groß und Prof. Dr. Sighard Neckel. Sie beschäftigen sich dabei mit den emotionalen Ansteckungseffekten von digitalem Hass und richten den Fokus auf Online-Kommentare rund um zwei Tötungsdelikte. Hierbei erläutern sie die Relevanz von Emotionen in Radikalisierungsprozessen (S. 138) und zeigen die Wichtigkeit der Verbindung von Scham und Wut für die Radikalisierung auf (S. 139).

Jakob Guhl, Senior Manager am Institute for Strategic Dialogue in London, bearbeitet in seinem Beitrag sechs Thesen zum Thema Hate Speech und kommt dabei beispielsweise zu dem Schluss, dass Hate Speech ein plattformübergreifendes Phänomen sei, dass sich nicht nur auf die großen Plattformen beschränkt. Zudem konstatiert er – im Gegensatz zu Mario Haim –, dass Hate Speech in Deutschland vor allem von Rechtsextremist*innen verbreitet wird. Dies dürfte vor allem der unterschiedlichen Begriffsbestimmung bzw. dem unterschiedlichen Forschungsschwerpunkt geschuldet sein.

Anja Rubitzsch, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Dr. Elisa Hoven, beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der viel diskutierten Frage, warum Menschen Hasskommentare verfassen, und speziell damit, ob Anonymität als eine Bedingung für digitalen Hass gesehen werden kann. Hierbei kommt sie zwar zu dem Schluss, dass Anonymität eine wesentliche Rolle bei der Kommunikation in Online-Welten spielt. Einen signifikanten Zusammenhang von Anonymität und dem Hang zu hasserfüllten Äußerungen konnte sie allerdings in ihrer eigenen Untersuchung nicht nachweisen (S. 185).

Der den Sammelband abschließende Text von PD Dr. Sylvia Jaki nimmt mit der Mysogenie eine besondere Form des digitalen Hasses in den Blick. Sie befasst sich dabei mit dem gruppenbezogenen Hass gegen Frauen und der Bewegung der Incels (involuntary celibates). Sie legt den Fokus auf eine medienlinguistische Analyse von Posts und Kommentaren auf X/Twitter, sowie dem mittlerweile gelöschten Forum incels.me. Hierbei zeigt sie auf, dass Misogynie mittlerweile in verschiedensten sozialen Medien zu finden ist, wenn auch in unterschiedlicher Intensität und Form (S. 199).

Der Sammelband bietet einen interessanten und vielfältigen Überblick über das Phänomen

des digitalen Hasses. Mit Spannung und insbesondere mit Blick auf den DSA (Digital Services Act), der u. a. durch neue Datenzugangsansprüche für Forschende spannende Untersuchungen ermöglicht, sowie der dynamischen Entwicklung in Sachen digitaler Hass können weitere interessante Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt erwartet werden.

Sünje Andresen

Sünje Andresen, Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI), Rothenbaumchaussee 36, 20148 Hamburg, Deutschland, s.andresen@leibniz-hbi.de

Sascha Michel

Mediatisierungslinguistik

Theorie und Fallanalysen zur Kommunikation von Politiker*innen am Beispiel von Twitter

Berlin: Peter Lang, 2022 – 719 S.

(Wissen – Kompetenz – Text; 17)

ISBN 978-3-631-87905-4

Twitter durchläuft derzeit einen tiefgreifenden Wandel: 2022 wurde der Kurznachrichtendienst von Elon Musk übernommen, was sich auch in der Umbenennung der Plattform zu „X“ ausdrückt. Seitdem traten verschiedene Änderungen an der Struktur des Dienstes in Kraft – u. a. im Bereich der öffentlichen Zugänglichkeit sowie die Einführung von kostenpflichtigen Premium-Konten mit Sonderrechten. Diese führten zu Abwanderungswellen der Nutzer*innen zu anderen Diensten – Twitter scheint seitdem seinen Zenit als zentrale Plattform politischer Kommunikation überschritten zu haben.

Diese dynamischen Entwicklungen sind allerdings nicht nur „unschädlich“ für die Relevanz der von Sascha Michel vorgelegten Arbeit. Sie belegen vielmehr besonders eindrücklich die Notwendigkeit von theoretisch fundierten Analysemodellen und empirischen Untersuchungen zu Dynamiken politischer Kommunikation auf Social Media, die Michel vorlegt.

Mit diesem Buch veröffentlicht Michel seine Dissertation, die an der Schnittstelle von Linguistik und Medien- bzw. Kommunikationswissenschaft angesiedelt ist. Die Arbeit setzt sich zum Ziel, eine kontextbezogene Betrachtung politischer Kommunikation in Social Media vorzunehmen. Die Kommunikation Bundestagsabgeordneter auf Twitter dient dabei als Fallstudie. Der Aufbau des Buchs spiegelt das zweigeteilte Anliegen der Arbeit: Erstens sollen theoretisch-methodologische Zugänge entwickelt werden, die eine kontextbezogene Analyse mediatisierter po-

litischer Kommunikation in sozialen Netzwerken auch über die gewählte Fallstudie hinaus ermöglichen (Teil A). Zweitens prüfen die empirischen Analysen die Anwendbarkeit und Umsetzbarkeit der entwickelten Modelle (Teil B). Ein Schlussteil (Teil C) rundet die Arbeit ab.

Der erste Teil ist konsequent auf Theoriearbeit mit hohem Abstraktionsniveau ausgerichtet. Einer Gegenstandsbestimmung und Begriffsbildung widmet sich Kap. 2, das politische Kommunikation unter den spezifischen Bedingungen der Digitalität konzeptualisiert. Vor dem Hintergrund der durchaus provokativen Konzepte „Politainment“ und „Mediokratie“ ordnet Michel die Veränderungen politischen Sprachhandelns durch die digitale Dynamisierung von Kommunikationsumgebungen ein – andere Interaktions- und Partizipationsmöglichkeiten bzw. -versprechen, Vernetztheit, Crossmedialität und eine größere Direktheit in der Kommunikation werden als Spezifika herausgearbeitet. Zugleich wird deutlich, dass digitale Kommunikation nicht isoliert von ihren analogen Kontexten stattfinden und entsprechend auch nicht verstanden werden kann.

Michel argumentiert weiter, dass für eine Untersuchung der Mediatisierung politischer Kommunikation eine auf die Kommunikate bezogene Analyse nicht ausreichend ist. Mediatisierung wird zentral in Kap. 3 eingeführt und verstanden als tiefgreifender, gesellschaftlicher Prozess in allen Lebensbereichen. Dieses Konzept ernst zu nehmen, bedeutet, auch die situative Einbindung in die Kommunikationssituation, die Perspektive der Kommunikatoren sowie die Aneignungs- bzw. Rezeptionsseite methodologisch und im Untersuchungsdesign einzubeziehen (Kap. 4 und 5).

Michel konzeptualisiert dafür soziale Netzwerke als medienkommunikative Dispositive und bezieht sich u. a. auf die Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) sowie die Bühnen- bzw. Theatermetaphorik (Goffman). Mit dem Konzept der „Subjektiven Theorie“, Anknüpfungen an die ethnomethodologischen „Studies of Work“ sowie dem Affordanzbegriff ist die Arbeit methodologisch als qualitative Arbeit ausgeflaggt, wobei quantitative Beobachtungen ergänzend einbezogen werden.

Michel kombiniert entsprechend im zweiten Teil der Arbeit teilnehmende Beobachtungen und davon angefertigte Mediatisierungsprotokolle (Kap. 6), halb-standardisierte Interviews mit Politiker*innen (Kap. 7) und Journalist*innen (Kap. 9) sowie umfassende Analysen von Kommunikaten aus einem Korpus von Tweets vor dem Hintergrund der oben erwähnten Modelle (Kap. 8 und 9).

Eine besondere Leistung der Arbeit liegt in der sehr fruchtbaren Kombination verschiedener Datentypen und der methodologischen Triangulation. Teilweise können dabei – durch zwei Erhebungsphasen im ethnografischen Teil – auch diachrone Aspekte eingefangen werden; so beobachtet Michel z. B. eine Tendenz zur Enttabuisierung des Privaten auf Twitter.

Zentrale Ergebnisse werden im dritten Teil (Kap. 10) zusammengefasst: Es zeigt sich, dass Politiker*innen soziale Netzwerke als *zusätzliche* Kanäle begreifen und darin empirisch sowie ereignis- und themenbezogen kommunizieren. Es gilt aber weiter ein Primat des Face-to-Face-Gesprächs. Journalist*innen und andere Politiker*innen sind auf Twitter noch vor Bürger*innen die zentralen Zielgruppen. Politiker*innen erscheinen insgesamt als digitale Rollenmanager*innen, die diskursive Grenzen und selektiv gestaltete Kommunikation eher affirmieren als sie aufzuheben. Viele weitere und teilweise überraschende Ergebnisse werden in den einzelnen Analysen dargelegt.

Gelegentlich wirkt die Arbeit konzeptionell überladen – wohl eine Folge des hohen theoretischen Anspruchs der Arbeit, der weit über die empirischen Fallstudien hinausgeht. Dies drückt sich auch im Titel der Arbeit aus, der mit der Rede von einer „Mediatisierungslinguistik“ die Frage aufwirft, ob etwas gewonnen ist, wenn einmal mehr eine neue Teildisziplin der Linguistik gefunden wird, zumal schon für eine sich etablierende „Medienkulturlinguistik“ plädiert wird. Dies ist jedoch mehr eine terminologische Frage, denn davon abgesehen überzeugen die empirische Anwendung des Mediatisierungskonzepts ebenso wie die theoretischen Ausführungen zu dessen Konsequenzen durchweg. Auch die formulierten Ansprüche zu einer zunehmenden Entgrenzung der Linguistik (vgl. S. 64) – einer Linguistik, die nicht bei der Erforschung der Repräsentation von Kommunikation stehenbleibt – werden im empirischen Teil konsequent eingelöst. Sie wirken als starkes Plädoyer für Interdisziplinarität im Angesicht digitaler Dynamiken, wie sie eingangs erwähnt wurden. Die Arbeit ist insofern ein großer Gewinn und maßstabsetzend für eine medienkulturwissenschaftliche Linguistik.

Tim Hector

Tim Hector, M. A. Universität Siegen, SFB 1187 „Medien der Kooperation“, Herrngarten 3, 57072 Siegen, Deutschland, tim.hector@uni-siegen.de, <https://orcid.org/0000-0001-7173-7542>.